

24. November 2009



BILDUNGSSTREIK



Offener Brief

an das Präsidium

Sehr geehrte Damen und Herren des Präsidiums
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg,

seit geraumer Zeit protestieren StudentInnen in ganz Europa und anderen Teilen der Welt gegen die herrschende Bildungspolitik. Auch an unserer Universität wurde vielfältige Kritik an den Zuständen des Bildungssystems geäußert. Seit letztem Donnerstag (19. November 2009) beteiligen wir uns aktiv an dieser Bewegung: Das Hörsaalzentrum ist besetzt, Protestaktionen laufen und wir solidarisieren uns mit allen Bildungstreikenden. Wir erarbeiten stetig wachsende politische Forderungen und werden unseren Protest aufrecht erhalten, bis unsere Forderungen erfüllt sind!

Unsere Ziele sind:

Keine Standardisierung von Bildungsinhalten!

Modultitel versprechen Inhalte, die nicht durch die angebotenen Veranstaltungen eingelöst werden. Dennoch sind wir für standardisierte Module aber nicht für standardisierte Inhalte.

Standardisierte Module gewähren eine bessere Vergleichbarkeit. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für einen erleichterten Wechsel des Studienortes. Zudem ermöglichen standardisierte Module eine unkomplizierte Planung des Studiums.

Nicht-standardisierte Inhalte erlauben Schwerpunkte individuell zu setzen, und dass auf der Grundlage der persönlichen Stärken und Interessen. Sie fördern vielfältiges Wissen unter den StudentInnen und DozentInnen und inspirieren zu kritischem Denken durch erlebte Kontroversen in Forschung und Lehre, anstatt der Gleichschaltung durch gleiche Bildungsinhalte.

Kreatives Lernen statt Reproduktion!

Die Vermittlung der immergleichen Inhalte und Methoden führt zu dogmatischen Denkblockaden und der Entstehung einseitiger methodischer Schulen an der Universität. Wir wünschen stärker in die Wissenschaft eingebunden zu werden, anstatt mit "Lernen-und-sofort-Vergessen"-Wissen abgespeist zu werden. Dies könnte durch Publikationsprojekte mit Professoren, Lektürekurse, Exkursionen und Open-Space-Veranstaltungen umgesetzt werden.

Prüfungsleistungen und Prüfungsdruck reduzieren!

Die Menge der Prüfungsleistungen im BA-/MA- Studium ist zu groß. Die Fülle der Leistungsnachweise, welche häufig in kürzester Zeit (Prüfungswochen) gefordert werden sorgt dafür das Wissen nicht nachhaltig gespeichert werden kann. Der immense Prüfungsdruck ist schädlich für das Studium und die Studenten. Der entstehende Druck verhindert ein freies und flexibel gestaltetes Studium. Die hohen Abbrecherquoten und die steigende Zahl von psychischen Erkrankungen bei Studenten sind dafür Indikator.

Anwesenheitspflicht abschaffen!

Entgegen der vom Präsidium festgelegten Regelung ist die Einführung von Anwesenheitslisten durch viele DozentInnen gängige Praxis.

Dies beeinträchtigt besonders Studierende, die ohnehin einer besonderen Belastung ausgesetzt sind, wie z.B. Studierende mit Kind, solche die sich ehrenamtlich engagieren oder arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren. Eine derartige Bevormundung verringert die Entwicklung von Eigenverantwortung, was neben der Aneignung von Fachwissen zentrales Ziel des Studiums sein sollte. Viele Studierende begegnen einer derartigen Verschulung mit Motivationslosigkeit, ein Lernerfolg ist nicht geleistet.

Verlängerung der Regelstudienzeit, damit sich die Arbeitsbelastung reduziert!

Wir setzen uns für eine Verlängerung der Regelstudienzeit ein, so dass kein Zwang mehr besteht das Studium in kürzester Zeit abzuschließen. Dieses ist ohnehin für die meisten Studenten, welche für die Finanzierung ihres Studiums arbeiten müssen, nicht mehr möglich. Diese von uns geforderte Verlängerung der Regelstudienzeit würde praktisch dazu führen, dass zum Beispiel BAFÖG länger gewährt wird. So würde der finanzielle Druck, unter dem viele Studierende leiden, gemindert. Die im Studiengang zu vermittelnden Inhalte könnten auf einen längeren Zeitraum verteilt werden, wodurch auch Freiräume für eigenständige Wissensaneignung und ehrenamtliches Engagement entstehen könnten.

Mitbestimmung und Transparenz in der Verteilung der finanziellen Mittel für alle Studierenden!

Wir benötigen diese Transparenz, weil die Qualität, des zur Zeit immerhin von UNS mitfinanzierten Studiums direkt von den Finanzplänen der Universität abhängt. Dies bedeutet jedoch nicht nur die Forderung nach Transparenz über die Verwendung der Studiengebühren, sondern aller Finanzen der Universität. Ohne diesen Einblick ist eine aktive Mitgestaltung der Studenten nicht möglich. Daher soll den Studierenden zwangsläufig eine breite Mitbestimmung eingeräumt werden. In diesem Kontext sind die Fragen nach der Zusammensetzung des entsprechenden Entscheidungsorgans, sowie der prozentualen Verteilung der Stimmen von besonderer Bedeutung.

Gerade in der heutigen Zeit, wachsender außeruniversitärer Einflussnahme auf die Lehre und Forschung, ist die Kontrolle des Haushalts durch die Studierenden unabdinglich.

Abschaffung aller Bildungsgebühren!

Bildungsgebühren verwehren breiten Schichten der Bevölkerung den Zugang zu Bildung. Das BAFöG mindert zwar diesen Zustand häufig, jedoch erzeugt der stetig wachsende Schuldenberg Druck. Zudem ist das BAFöG zu knapp bemessen um eine vollständige Finanzierung des Studiums zu gewährleisten. Die meisten Studierenden müssen daher neben ihrem Studium einer Arbeit nachgehen. Das diese zusätzliche Belastung Einfluss auf das Studium und die Studiendauer hat ist unvermeidbar – und nicht mehr hinnehmbar!

Die Finanzierung des Bildungssystems kann nicht zu Lasten der Bildung selbst erfolgen. Bildung muss wieder frei werden!

Unsere ersten konkreten Forderungen an Sie sind:

Das Präsidium setzt sich öffentlich und in allen Gremien ein für:

- die Abschaffung aller Bildungsgebühren (Studiengebühren, Verwaltungsgebühren, Bibliothekskarte,...);
- eine Verlängerung der Regelstudienzeit, damit sich die Arbeitsbelastung reduziert (d.h. bei gleichbleibender gesamt KP-Zahl);
- geeignete Ausstattung der Universität (finanziell, räumlich,...);
- die Einstellung von mehr Lehrenden mit angemessener Bezahlung;
- Masterplätze für alle Bachelorabsolventen und den freien Zugang dazu;
- die Abschaffung der Leistungsnachweise für BAFöG zum 5. Semester des BA-Studiums (Rosa Zettel);
- den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder der Mitglieder der Universität.

Das Präsidium setzt sich in einer öffentlichen Sondersitzung des Senates für die Realisierung folgender Punkte ein:

- Der Senat beschließt, dass es absolute Wahlfreiheit im Professionalisierungsbereich gibt.
- Der Senat beschließt, dass es keine Auslagerung von Grundstudiumsinhalten in Professionalisierungsbereiche geben darf.
- Der Senat beschließt die Abschaffung von verpflichtenden Prüfungsvorleistungen, freiwillige Prüfungsvorleistungen müssen weiterhin möglich sein.
- Der Senat beschließt, dass es pro Modul nur eine Prüfung geben darf.
- Die Fächer werden verpflichtet, eine gangbare Lösung für Teilzeitstudiengänge zu erarbeiten und diese mit einer Musterprüfungsordnung zu versehen.
- Der Senat/die Fakultäten verpflichten sich, dass es am Mittwoch Nachmittag ab 14:00 Uhr keine Veranstaltungen gibt („Gremienachmittag“).
- Der Senat verpflichtet sich, innerhalb eines Jahres ein Konzept zur stärkeren Einbeziehung von StudentInnen in die Forschung zu erstellen.
- Der Senat verpflichtet sich, innerhalb eines Jahres ein Konzept zur Anrechnung außeruniversitären Engagements im Professionalisierungsbereich zu erstellen und dieses generell zu ermöglichen.
- Der Senat verpflichtet sich, innerhalb eines Jahres ein Konzept zur Anrechnung von (allen) Prüfungsleistungen aus dem gesamten europäischen Bildungsraum zu entwickeln und damit die Anrechnung zu gewährleisten.

- Der Senat beschließt ein allgemeines Teilnahmerecht an allen Veranstaltungen und deren Prüfungen.
- Der Senat verpflichtet sich, innerhalb eines Jahres ein Konzept zu erstellen bezüglich einer Zeitschiene um Überschneidungen von Pflichtveranstaltungen zu verhindern.
- Der Senat beschließt, dass die Freiversuchs-Regelung wieder in die allgemeine Prüfungsordnung aufgenommen wird.
- Der Senat beschließt die grundsätzliche Abschaffung des „Windhund-Verfahrens“ und verpflichtet sich, ein Konzept zu erstellen, wie eine gerechte Verteilung der Plätze der Seminare erfolgen kann, unter Berücksichtigung von Härtefällen aus besonderen Gruppen (Eltern, älteren Studierende, Studenten höherer Semester, arbeitende Studierende, Kooperationsstudierende).
- Der Senat beschließt, dass es nach 20:00 Uhr keine Pflichtveranstaltungen mehr geben darf.
- Der Senat verpflichtet sich, innerhalb eines Jahres ein Konzept zu erstellen, wie Evaluationen durchgeführt werden.
- Der Senat beschließt, dass es eine geeignete Stelle gibt, um Probleme im Bereich der Kooperationsstudiengänge zu klären und Auskünfte zu erteilen.

Das Präsidium verpflichtet sich dazu, sicherzustellen, dass

- die nicht legale Praxis der Anwesenheitspflicht sofort und dauerhaft unterbunden wird;
- das StudIP nach der konstruktiven Kritik der Studenten verbessert wird;
- es eine tatsächliche Auswahlmöglichkeit für die Studierenden bei Prüfungsformen gibt, dort wo sie in den Prüfungsordnungen bereits stehen;
- keinem der Studierenden durch den Protest Prüfungsnachteile entstehen;
- die Möglichkeit geschaffen wird, öffentlich Anfragen zu stellen sowie Verbesserungsvorschläge zu machen und verpflichtet sich, diese öffentlich zu beantworten;
- es eine kostenlose unabhängige Rechtsberatung an der Uni gibt;
- die Modulbeschreibungen zusammen mit dem Lehrangebot verabschiedet werden;
- ECTS-Zertifizierungen aller Studiengänge durchgeführt werden;
- es ein ganzjähriges Lehrangebot gibt;
- Dauerhaft ausreichende Räume zur Verfügung gestellt werden, die die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit dem herrschenden Bildungsbegriff, sowie der aktuellen Bildungspolitik bieten;
- es keine Zukunftsverträge oder ähnliche Verträge ohne Rücksprache mit der Hochschulöffentlichkeit unterzeichnet.

Das Präsidium veröffentlicht

- einen Rechenschaftsbericht über die Verwendung der gesamten Studiengebühren, in Zukunft auch regelmäßig;
- eine Offenlegung aller Finanzen und deren Verwendung der gesamten Uni;
- die aktuellen Pläne zur medizinischen Fakultät;
- die aktuellen Pläne über sämtliche Projekte mit externen Gruppen (z. B. Next Energie Projekt).

Die geforderten Beschlüsse und Aktivitäten des Präsidiums sollen von Ihnen auf der Uni Homepage veröffentlicht werden und zudem der Presse und uns schriftlich mitgeteilt werden.

Diese Forderungen müssen auch von der neuen Präsidentin bestätigt werden. Sollte es von Ihrer Seite Fragen geben, bitten wir Sie, uns diese zuzusenden und diese mit uns im Plenum zu diskutieren.

Im konstruktiven Sinne

Die Studierenden der Carl von Ossietzky Universität